

**Ansprache vom luxemburgischen Minister für Auswärtige und Europäische
Angelegenheiten, Immigration und Asyl, Herr Jean Asselborn, anlässlich der
Eröffnung des 10. Gipfeltreffens des Globalen Forums für Migration und
Entwicklung (Berlin, 28. Juni 2017)**

Ehrenwerte Minister,

Exzellenzen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zuallererst möchte ich meinen Dank an Herrn Minister Sigmar Gabriel und an das Auswärtige Amt für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltung aussprechen. Darüber hinaus möchte ich die herausragende Arbeit des gemeinsamen Vorsitzes des Globalen Forums von Deutschland und Marokko unterstreichen.

Die Debatte über die Migration und Entwicklung von bedürftigen Menschen in Richtung Europa ist leider zu oft negativ belastet. Auf der einen Seite steht die **Bekämpfung der Armut** und auf der anderen Seite gibt es die nicht gelösten, oft emotionalen **Integrationsfragen auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene, die Sorge über den Fortbestand des Sozialstaats, sowie über die innere Sicherheit und Stabilität.**

Fakt ist dass Hunderttausende von Menschen vor Krieg oder Diktatur fliehen.

Aus diesen Gründen sind meine Hoffnungen und Erwartungen an dieses Forum sehr hoch und ich erhoffe mir, dass der **Globale Pakt für Migration** im nächsten Jahr verabschiedet werden kann.

Eine fehlende, oder nicht ausreichende Entwicklungspolitik wird oft als Grundursache für eine illegale Einwanderung genannt. Doch auch eine durchdachte Entwicklungspolitik sollte nicht zum Hauptziel die Verringerung des **Migrationsdrucks haben**. Die Entwicklungszusammenarbeit hat ein klares Ziel, nämlich die Bekämpfung von Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Europäische Union muss der **Umsetzung der Agenda 2030** zur Bekämpfung von Armut und der Erreichung von einer globalen nachhaltigen Entwicklung verpflichtet bleiben, ebenso wie den Verpflichtungen von Addis Abeba und New York. Ich habe meine Vorbehalte, bezüglich des am Anfang des Monats vom Europarat angenommenen **Konsenses über die Entwicklungshilfe** deutlich geäußert. Letzterer ist ein klarer Rückschritt gegenüber dem Konsens von 2005, da die europäische Entwicklungspolitik sich von ihrem Hauptziel der nachhaltigen Armutsbekämpfung entfernt hat. Dies geschah durch die Einführung von Bedingungen, sowie die Verweise auf die Rückübernahme von abgelehnten Asylbewerbern. Darüber hinaus wurde kein Überwachungsmechanismus beschlossen für das seit langem gesetzte Ziel; d.h. 0,7% des jährlichen Bruttosozialproduktes der Entwicklungshilfe zu widmen.

Migration muss auch als Chance anerkannt werden. Es gibt **Wege die eine legale und kontrollierte Migration erlauben**. Diese Wege sollten wir offensiver angehen in Europa.

Die Glaubwürdigkeit der EU wird von ihrem **Angebot an legalen Migrationsmöglichkeiten und ihrer Unterstützung für die Reintegration** von rückgeführten Drittstaatlern in ihren Heimatländern abhängen.

Neben einer durchdachten Entwicklungszusammenarbeit muss die Europäische Union aber auch noch eine andere Verpflichtung einhalten, nämlich die interne **Solidarität im Kontext der Migration, welche einen der Leitsätze der EU-Verträge** darstellt. Die gezielte Steuerung der Migrationsströme, und insbesondere die Bereitschaft Flüchtlinge aufzunehmen, ist **keine Frage der individuellen Entscheidung**, sondern sie muss für alle Mitgliedstaaten gelten.

Die EU hat im Herbst 2015 legal festgehalten **Flüchtlinge umzuverteilen** und dies muss jeder Mitgliedstaat auch umsetzen. **Dies ist bestehendes Recht**, und deshalb ist es legitim, dass die Europäische Kommission, als **Hüterin der EU-Verträge, Vertragsverletzungsverfahren** gegen die Länder eingeleitet hat die sich nach anderthalb Jahren immer noch nicht aktiv an dieser Umverteilung beteiligen.

Ich bin überzeugt, dass der Europäische Gerichtshof im Herbst dies betreffend ein Urteil fällen wird, welches ein **Europa bestärkt das für Menschenrechte, Schutz und Solidarität steht**; ein politisches Europa das eine Wertegemeinschaft ist und dies nicht nur in der Theorie. Wenn man über **zusätzliche alternative Formen von Solidarität** nachdenkt, wie z.B. einer finanziellen Unterstützung, oder aber der Entsendung von Experten in die am meisten belasteten Mitgliedsstaaten, dann führt trotz allem kein Weg vorbei an der Annahme von Schutzbedürftigen gleich welcher Religion in allen Mitgliedstaaten. Die **bestehenden Dublin-Regeln müssen in dieser Richtung reformiert** werden auf einer Basis von Verantwortung

und Solidarität. Es wäre verantwortungslos einige wenige Mitgliedstaaten mit einer so großen Last alleine zu lassen.

Im Kontext der euro-afrikanischen Partnerschaft muss der Aktionsplan von Valetta und der daran geknüpfte Rahmen unsere Referenz in dieser Frage bleiben. Er kombiniert wirkungsvoll jedwede Maßnahmen für die Bekämpfung von Grundursachen für Migration, sowie auch die Maßnahmen zur Rückkehr und Rückübernahme, zum Kampf gegen Menschenhandel, zum internationalen Schutz und zur letztlich auch zur legalen Einwanderung. Dieses ausgeglichene Paket muss die **Basis in der Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern** bleiben.

Die Europäische Union braucht eine effektive **gemeinsame Migrationspolitik** und kein Zusammenfügen von einzelnen nationalen Alleingängen. Daran muss hart gearbeitet werden um die Herausforderung „Migration“ in Würde zu meistern.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.